

haben und unerfreulichen Ausblick fürchten sich Kommunen und Staat aber noch immer davon, in der Frage der Arbeitslosenfrage auch nur einen Schritt weiter zu tun. Man kommt nicht über die „Erregungen“ hinaus. Bisher ist wohl man erik dann zu „Zaten“ übergehen, wenn die Tuberkuloseerbstliche in einer Weise gewachsen ist, daß man sie nicht mehr ignorieren kann.

Die Säuglingsfürsorge setzte ein, nachdem die Säuglingssterblichkeit in erfreulichem Maße genommen wurde. Und es scheint fast, als ob der Tod auch unter den Tuberkuloseerbstlichen eine ähnliche reiche Ernte halten würde, es man sich entsetzt, die „soziale Krantheit“ in ihren Ursachen energisch zu bekämpfen.

Politische Uebersicht.

Kalle (Saale), 6. November 1913.

Unwahrscheinliches Gottesgnadentum.

Bayerische Königsmaximilian mit eigenem Unrecht.

Am Schluß der Dienstagssitzung wurde der Abgeordnetensammler nicht bemerkt, daß er am Mittwoch früh die Königsproklamation ausgeben und dann die Sitzung mit der angebotenen Tagesordnung ausfallen würde. Die Tribüne, so wird aus München berichtet, war darum leer, selbst die Journalisten waren zum Teil abwesend, als sich der Mittelwegstakt in wenigen Minuten in der Abwesenheit der Sozialdemokraten vollzog. Diese Verkündung der Königsproklamation zur Kenntnisnahme war eine deutliche Kundgebung des mit parlamentarischer Genehmigung erneuerten „Gottesgnadentums“. Der König aus eigenem Recht hat seine Willkür abgeben zur Information, nicht zur Zustimmung. Darum ist es ein gängiges freies Vorgehen, wenn man nachträglich am Donnerstag nachmittags die Abgeordnetensammler ihre Zustimmung zu den Gründen der Abhebung des Königs Cho geben soll, denn jetzt regiert der König Ludwig bereits reichlich, er hat dem abgehenden König die königlichen Titel und Ehren belassen, er hat bereits eine Amnestie verkündet, die erheblich weiter geht, als man das in den letzten Jahren im Deutschen Reich gewohnt ist.

Daß die Geisteskrankheit des bisherigen Königs immer genug ist, daran ist kein Zweifel. Mittwoch vormittag empfangen Abgeordnete freudig vertraulich — die einzelnen Exemplare waren mit Kontrollnummern versehen — die beiden letzten ärztlichen Gutachten über den Zustand Ottos, die ein schauerliches Bild völliger Verblödung und Verkümmern des Verstandes zeigten, der 37 Jahre lang König von Gottesgnaden gewesen ist. Nur ein Auszug aus diesen Gutachten wird der Öffentlichkeit übergeben werden.

Es mehr die Liberalen in ihren Forderungen hinsichtlich der Minimierung des Landtags an dem Regensburgerhof gestützt worden sind, um so fruchtbarer bemüht sich ihre Presse, an Dogmatismus und niemandem sich überlassen zu lassen. Sie suchen den Verstand zu erlösen, als ob Bayern von einem Volksrecht befallen sei. Davon merkt man außerhalb des Zeitungspapiers aber das mindeste. Die Aufzählung der Mitglieder des Reichstages, die Kaiser zu schlagen und zu schänden, ist nur sehr mühsam befolgt worden und nur zu der letzten Stadt. Die an den Reichstagen planmäßig Proklamation mit ihren letzten Bekräftigung des Gottesgnadentums wohl kaum gekannt.

Am nächsten Tage wird die Bereinigung des neuen Königs vor einer Landtagskommission stattfinden, in die auch drei Sozialdemokraten entsandt werden sollen. Dann beginnen die Kämpfe um die Bibel.

Sozialdemokratischer Protest. Unsere Münchner Genossen hatten zu Dienstag eine Volksversammlung nach den möglichen Räumlichkeiten des Ständelein einberufen, um auch dem Wohl Gelegenheit zu geben, zur Königsfrage Stellung zu nehmen. 6000 Personen füllten das Lokal. Genosse Landtagsabgeordneter Adolf Müller sprach unter großem Beifall über die Königsfrage. Einstimmig nahm die Versammlung folgende Resolution an:

Die von 6000 Personen besetzte Versammlung im Münchner Ständelein erkennt an, daß durch die jetzt Gesetz gewordene Königsfrage unzulässig mit dem Grundgesetz des Gottesgnadentums verstoßen worden ist, und daß es nach diesen Grundsätzen keine Schwesternschaften mehr machen kann, durch weitere Verfassungsänderungen Reformen durchzuführen, die klare Verhältnisse schaffen und die eines mündigen Volkes allein würdige demokratische Staatsordnung herbeiführen. Am so entscheidener Protest erhebt die Versammlung gegen die zweideutigen Erklärungen des Ministerpräsidenten v. Hertling über die Minimierung des Landtags bei der Denkwürdig der Regensburger Hof, die im Reichstag im Sinne eines wieder eingetragenen Gottesgnadentums verstanden werden sollte. Wenn eine Proklamation des Königs bewerkstelligt werden sollte, bevor der Landtag seine Zustimmung erteilt hat, das ist ein unzulässiger Weg zum Gesetz. Es wäre das eine Zerschlagung des Reichstages, die die Reichsverfassung in unzulässig eine Beeinträchtigung der neuen Monarchie, die sich ohne den Volkswillen und die Volkserkenntnis nur aus eigenem Unrecht proklamieren würde. Die Versammlung nimmt Kenntnis davon, daß die Zentrumspresse die Absetzung des Königs Otto als einen parteipolitischen Erfolg des Zentrums würdigt, einer Partei, die ihre angeblich heiligsten Grundfälle binnen zehn Monaten von Grund aus umgekehrt hat. Die Versammlung lehnt endlich entschieden jede Erhöhung des königlichen Gehaltes ab, deren Forderung eine ehrenhafte Regierung in diesen Zeiten schwerer wirtschaftlicher Bedrängnis niemals hätte vertreten dürfen. 75 000 Mark für unzulässige Arbeitslose und anderthalb Millionen mehr für einen einzigen Mann sind zu fordern, das erhöht die Verschwendung als unerbittlich mit dem sozialen Gewissen des Staates.

Die flugenden Opferwilligen.

Je näher der Termin herankommt, an dem die Weisenden in den Beutel greifen müssen, um den Wahlbeitrag zu entrichten, desto betrübter und ärgerlicher werden sie. Von der anfänglich so viel gepriesenen freudigen Opferwilligkeit ist schon nichts mehr zu merken. So klagt die Zeitung:

Bei der bekannten Wundschädlichkeit der finanziellen Verhältnisse in den verschiedenen Bundesstaaten wird es bis zur Entzweiung an die Reichssteuerordnung noch viel Arbeit geben und — vielen Unwillen. Wir sind gar nicht im Zweifel, daß je näher der Termin für die praktische Auflegung der Vermögensgegenstände herantritt, desto weiter die Einsicht Boden gewinnen wird, es wäre zweckmäßiger gewesen, wenn dann die bis jetzt aufrecht erhaltenen Vorschläge der Kommissionen der Bundesstaaten eine größere Bewegungsfreiheit in der Abgrenzung der Reichssteuer gegeben worden wäre. Die theoretischen Vorschläge sind so beharrlich auf den verfassungsmäßigen Grundlagen unter

Finanzpolitik sind von konservativer Seite der Offenheit unzulässige Male vorgehalten worden; die lästigen Auswirkungen der Interrogation der finanziellen Selbstständigkeit der Bundesstaaten werden genügt genug sich einstellen.

Der Bundesrat der preussischen Kammer ist zu verstehen. Wenn man es dem sogenannten preussischen Landtage überlassen hätte, eine Reichssteuer für das Reich zu machen, dann hätten es die Konservativen vielleicht verstanden, noch eine kleine Beibehaltung für sich herauszufinden.

Noch mehr Dänen-Drangsalierung.

Bei dem Abfahrsessen für den Landrat Arlander in Hadersleben, der in das preussische Ministerium des Innern berufen wurde, hielt der Regierungspräsident von Schleswig eine Rede, in der er direkt mit Ausnahmebestimmungen gegen die Dänen drohte. Nach Ansicht des Regierungspräsidenten ist die Agitation der Dänen „herauf gehoben“ worden, doch ihre Einschränkung im Interesse des Deutschen Reichs zu einer „unabwiesbaren Notwendigkeit“ geworden sei. Mit dem Plantenvertrag sei den Dänen ein ganz besonderer Vertrauensbeweis gegeben worden. Die Agitation der Regierung war aber nicht, „Reichsfeinden“ ein Heim zu schaffen, vielmehr glaube man, daß die Naturalisierten sich ruhig verhalten würden. Diese Erwartungen seien getäuscht worden, die Agitation sei im Gegenteil schlimmer und schlimmer als je, deshalb ließe nur der Ausweg scharfer Gegenmaßnahmen übrig.

Das Verbot an den Dänischen, in norddeutscher Sprache über seine Expedition wissenschaftlich zu berichten, gehört wohl bereits in diesen neu veränderten Verhältnissen.

Der Gendarm herrscht!

Die bürgerliche Presse meldet folgendes aus Berlin: Vor dem Obergericht stand der Gendarmetriche nachmeister Kallisch, der sich wegen Freiheitsberaubung, Verleumdung, Wiederverweigerung, vorstrafwürdiger Behandlung usw. zu verantworten hatte. Kriminalkommissar Raumann, der vom Polizeipräsidenten in Richtung eines geheimen Auftrag an den Untersuchungsrichter Extrapost hatte, war von dem Gendarmetriche nachmeister Kallisch, bei dem er sich nach der Wohnung des Amtsvorrichters erkundigte, festgehalten und nach Einperrung in das Gendarmetriche nachmeister zum seines Ausweises als Kriminalkommissar, einem widerrechtlichen Verhör unterzogen. Hierbei bedrohte ihn der Gendarmetriche nachmeister unter anderem auch grundlos mit dem Säbel. Der Angeklagte redete sich darauf hinaus, daß er gelaut habe, es mit einem falschen Kriminalkommissar zu tun zu haben. Das Obergericht erkannte auf Freisprechung des Angeklagten.

Somit der Bericht. Er beleuchtet die preussische Herrschaftszustände im Jahre 1913 bis aufs Haar. Polizei und Gendarmetriche sind Autoritäten, die tun und lassen können, was sie wollen. Sie brauchen nur „überzeugt“ zu sein, sie seien im Recht, dann blüht auch der offenkundigste Verstoß gegen die Strafrecht.

Spielerei der Fleischquetsch-Kommission

Als Vertreter der Fleischquetsch-Kommission hat der Abgeordnete Wendhoff die Fleischquetsch-Kommission angeführt. Ueber die Arbeiten der Kommission macht er in der Offizierzeitung einige Andeutungen, die bestätigen, daß die Kommission den Kernpunkt in der ganz Frage gesellschaftlich aus dem Wege genommen ist. Herr Dr. Wendhoff schreibt:

Die Kommission darf nach allem für sich beanspruchen, das ihr gestellte Thema mit deutscher Gründlichkeit und mit sachlicher Methode behandelt zu haben — nur schade, daß dies Thema an den wahren Ursachen der Fleischsteuerung und an den geeigneten Mitteln zu ihrer Hebung vorbeigeht. So gewiß alle Beratungsgegenstände preisbildende Momente betreffen, so gewiß war der preisbestimmende Hauptfaktor von der Behandlung ausgeschlossen: das Verhältnis von Angebot und Nachfrage. Nur befristete Beschränkungen gegenüber der wachsenden Bevölkerung und dem steigenden Bedarf die wirkliche Ursache der Steuerung ist. Dieses Uebel an der Wurzel zu packen, dazu genügt allerdings nicht eine noch so gründliche und sachliche Kommissionsberatung über allerhand kleinere Symptome des Übels. Dazu bedarf es einer energiegelbten zehenden Tat, bedarf es des Durchsicht mit unserer großartigen Politik, bedarf es billiger, solitärer Futtermittel, bedarf es der Verbilligung der viehzüchtenden Bauerwirtschaften, bedarf es einer planmäßigen, wahrhaft „kraftvollsten inneren Kolonisation“.

Daß die Kommission in ihrer Art fleißig gearbeitet hat, das soll nicht bestritten werden. Als aber die Kommission angeführt wurde, glaubte man, daß Mittel und Wege gefunden werden sollen, um eine billigere Versorgung des Volkes mit Fleisch herbeizuführen. Die Frage, wer am meisten zur Fleischherstellung beitragen, noch zunächst nur von sekundärer Bedeutung; gerade dieser Frage sollte die Kommission ein besonderes Interesse gewidmet zu haben, und dieser Ansicht besonders konnte es nicht ausbleiben, daß als Ergebnis der Beratungen eine ganze Fülle von Vorschlägen dargeboten werden, die an dem bestehenden Notstand nicht das allermindeste ändern. Ueber die Ursachen der Fleischsteuerung ist man sich in den weitesten Kreisen des deutschen Volkes vollkommen klar und man hatte erwartet, daß diese Ursachen beseitigt würden. Statt dessen bleiben die Ursachen bestehen und die Kommission hat ihre Zeit auf die Behandlung von Fragen verwendet, deren Beantwortung keineswegs die dringende war.

Eine kleine Bauernrevolte

ist in dem Dorfe Nieder-Salzburn bei Waldenburg in Schleisen ausgebrochen. Seit einigen Tagen herrscht in einigen Gehöften die Maul- und Klauenepidemie, und der Regierungspräsident hat bereits in mehreren Fällen angeordnet, daß das frische Vieh abgeschlachtet werden soll. Das ist bereits auf elf Gehöften geschehen. Im Gegenwart der Viehdiebe und der Tierärzte wurde das frische Vieh sofort begraben, das gesunde aber doch zum Verkauf freigegeben. Die Viehdiebe geschlachten Tiere wurden im Sandbühnen zum Seufzatschloß. Bei dem herrschenden Viehmangel kauften die Händler zunächst das freigegebene Vieh zu Spottpreisen auf, um es nachher zu hohen Preisen an die Metzger weiterzugeben. Schon darüber waren die Landwirte sehr erregt und es kam mit den Händlern zu lebhaften Auseinandersetzungen, als ihre Manipulationen bekannt wurden. Die Erregung erreichte aber am Montag ihren Höhepunkt, als auf Anordnung des Regierungspräsidenten wiederum mit der sofortigen Tötung von 43 Rindern und 35 Schweinen auf drei Gehöften begonnen werden sollte. Die Bauern drängten die Beamten hinaus und besetzten die Häuser und Ställe. Die Bevölkerung nahm für die Leute der Polizei und unter großem Hallo mußten die Beamten und Metzger sowie Händler trotz polizeilicher Unterstützung abziehen. Bis zur Stunde sind weitere

Maßregeln nicht angeordnet. Im allgemeinen hält man die Anordnung des Regierungspräsidenten für viel zu hart. Die Bauern sind der Meinung, daß das frische Vieh durch strengere Vollziehungsmaßregeln noch gerettet werden könne. Da die Suche überhaupt erst seit einigen Tagen besteht, ist man über die schnelle Abreise des Regierungspräsidenten besorgt. Die Behörden fahndet wie die betroffenen Landwirte, haben die Hilfe des Landwirtschaftsministeriums angetragen. Das Ganze ist auch ein bezeichnendes Bild für unsere herrliche Zeit.

Deutsches Reich.

— Nationalliberale für ein Justizhausgesetz. Der Landesausführer der Nationalliberalen für Thüringen, wie auch der für Ostpreußen beauftragte, hat hier Tage mit der Frage beschäftigt, die Behörden für die Arbeitslosen in beiden Verwaltungen erklärte man sich für einen Schluß.

— Die Vertiefung des Volkshauses macht in Preußen immer weitere Fortschritte. Das sieht man besonders an der Befehung der hauptamtlichen Kreis-Schulinspektorenstellen. Der Volk. Abg. wird dazu von einem Sachmann geschrieben:

„In den letzten 14 Tagen sind nicht weniger als die 3 1/2 rarer zu hauptamtlichen Kreis-Schulinspektoren ernannt worden. Die meisten sind für niedere Stellen, die Kreis- und Gemeindeglieder (Kantor Deutzer), Kreis-Niederung in Ostpreußen (Walter Frenzel), Bahiau (Kantor Weitzing). Der für Wittenberg ernannte Warrer ist erst 38 Jahre alt; ein Oberlehrer von 40 Jahren, der 16 Jahre im Volkshausdienst geblieben hatte und mit allen einschlägigen Fragen vertraut war, wurde diesen vier gegenüber als ein einziger Kandidat, der aus dem Volkshauslehrerbereich hervorgegangen Kreis-Schulinspektoren vielfach die weniger guter Stellen erhalten.“

— Betriebsabgabe für Apotheken? Die preussische Regierung bereitet die Neuordnung des Apothekenwesens vor. Man hätte erwarten sollen, daß die Regierung zum Schutze der reinen Personal-Konzeption übergegangen wäre, dem einzigen Weg, auf dem der Apothekenbesitzer besteuert werden könnte. Statt dessen wird über die Betriebsabgabe aufgelegt werden. Damit würde man den bestehenden Mißstand nicht beseitigen, sondern noch verschlimmern. Allerdings haben die Apotheker einen sehr eifrigen Fürsprecher ihrer Interessen im Ministerium, aber ein solcher Rückzug erklärt man sich so unangebracht, daß der Minister darüber im Sandig betragt.

— Mißstand gegen die Einfuhrschneide? Seit einiger Zeit weilt ein russischer Vertreter der russischen Ausfuhrbesitzer v. Schulz in Oelbitten, angeblich um die wirtschaftliche Lage der russischen Arbeiter zu erkunden. Tatsächlich soll aber dieser Abgesandte feststellen, welche Folgen für die deutsche Landwirtschaft entstehen würden, wenn die russische Regierung hinsichtlich der Einfuhrschneide als Hebel für den russischen Gewerkschaften würde, die nämlich die erntliche Arbeit, diese Stoffe gelegentlich der fünfjährigen Handelsverträge zu verwenden, um bestimmte russische Forderungen durchzusetzen. An erster Stelle will die russische Regierung die vollständige Befreiung der Einfuhrschneide, die den Ertrag der Getreidehälften in den Händen der Agrarier liegen, an Fall zu bringen, dann wäre das einmal eine Leistung des agrarischen Nachbargraates, die man sich gefallen lassen könnte.

Frankreich.

Dem Ende zu. Am Dienstag hat mit der Wiedereröffnung des Parlamentes die 14. Session dieser Legislaturperiode begonnen. Die Verhandlungen der Tagesordnung sind am 11. u. a. noch aus Paris: Alles was während der bald abgelaufenen Legislaturperiode geschehen sollte fallen und nicht geschehen ist — und das ist nicht wenig — soll nun schnell im Hinblick nachgeholt werden. Dazu kommen noch die leidigen Fragen des Alltags: das Budget und das drum und dranhängende Defizit.

Das Defizit eine Milliarde groß, wozu die dauernde Steigerung der laufenden Ausgaben durch die Militärausgaben kommt. Man, d. h. die Großkapitalistische Presse, spricht von einer Anleihe. Eine Anleihe ist so immerlos für die großen Geldsäcke. Während Steuern schredlich sind, und nun gar Steuern nicht von den Wahlen! An indirekten Steuern zur Deckung des Defizits kann jetzt nicht gedacht werden. Was würden die Wähler sagen! Und direkte Steuern können nur von denen genommen werden, die etwas haben. Die wollen aber nichts hergeben. Militärausgaben sind ja sehr schön, wenn man sie nicht zu bezahlen braucht. Der Temps schlägt deshalb vor, eine Anleihe aufzunehmen, und zwar, damit es auch für eine Weile langt, eine Anleihe von zwei Milliarden! — So aus dem Ganzen.

Und so bumm ist das vom Temps nicht. Denn dadurch werden die großen Geldsäcke nicht nur geschont, der Staat muss ihnen noch 80 Millionen jährlich Zinsen zahlen, die man ja an den Wahlen durch eine indirekte Steuer auf die armen Leute abwälzen kann. 80 Millionen mehr oder weniger, das merzen die doch nicht. . . .

Ob die Regierung auf diesen Plan hereinfallen wird, ist zur Stunde noch unbekannt. Man weiß nur, daß sie in mehreren Sitzungen sich mit der Steuerfrage und dem Budget beschäftigt hat. Ueber die Fortschritte der Regierung soll erst dem Parlament selbst Auskunft gegeben werden. Herr Barthelemy meinte noch nicht ganz sicher, wobei der parlamentarische Wind weht. . . . Herr Barthelemy Superiorität besteht in der Beweiglichkeit seiner Ansichten, die von einer schneidigen Zornat manifestiert ist. So hat er während der Ferien zunächst den Ministerien, seinen getreuen Helfern bei der Militärausgaben, Konzeptionen gemacht. Darüber erhoben die Minister ein großes Geschrei und schickten sich zum Sturm auf die Regierung an. Flugs warf Herr Barthelemy das Steuer der Regierung nach der antikeritalen Seite. Er läßt antindigen, daß die Regierung zunächst die ununterbrochene Durchberatung aller auf der Tagesordnung stehenden antikeritalen Gesetzesvorlagen verlangen werde. So wird er es wohl auch in der Steuerfrage machen.

Am übrigen wird man wohl wieder ein wenig von der Proportionalität reden, was freilich nicht an der Sache ändern wird, daß sie vor den Wahlen eine Aufsicht hat Gesetz zu werden. Herr Cheron, der Arbeitsminister, hat die Proportionalität zur Vervollständigung des Altersversicherungsgesetzes angehängt. So etwas ist für die Wahlen sehr gut. Der Senat wird schließlich in letzter Stunde die Steuerreform verurteilt zurückzuführen und die Kammer wird sie schließen. Alles im Hinblick auf die Wahlen. Denn die Wahlen sind es, die diese letzte Session beherrschen werden.

Die zerstreuten Unabhängigen. Am 1. und 2. November hielt, wie man uns aus Paris schreibt, die sozialistische-republikanische „Partei“, als „unabhängige Sozialisten“ bekannt, in Grenoble ihren Kongress ab. Diese Partei setzt sich zusammen aus Kleinbürgerlichen Elementen, die von den Sozialisten und den Radikalen kamen. In der Kammer hat sie 37 Vertreter, ungeachtet Briand, den die 37 nicht wollen. Selbst die nicht! Das sollte anders werden. Herr Briand wollte seiner 37 „Partei“ seine Politik und der Parlamentsfraktion seine wertige Persönlichkeit aufbringen, die Parlamentsfraktion



tion, die sehr genau weiß, daß hinter den Kongreßbeschlüssen keine Organisation steht, antwortete auf die Einladung mit dem Votum. Nur Herr Kaganeur ging hin. Das Ende vom Liede — und wahrscheinlich auch dieser sonderbaren Partei — war, daß Herr Kaganeur, gefolgt von 47 Getreuen, die Lücke hinter sich aufschlug. Ihrer 61 Männlein blieben als „Kongreß“ zurück. Man wählte eine „brüderliche“ Leitung und ging heim. Hoffentlich ist dieser Heimgang ein endgültiger.

England.

Steuererweiterung als Kampfmittel gegen die Homerule.
In Belfast wurde in einer Versammlung von über 8000 Geschäftleuten, die ein Kapital von fast 100 Millionen Pfund Sterling betragen, einstimmig eine Resolution angenommen, in der die Zahlung sämtlicher Steuern verweigert wird, sobald irgend ein Versuch zur Anwendung der Homerule-Vill gemacht werde, und in der die Sympathie mit der Organisation von Freiwilligen für Ulster ausgedrückt wird.

Balkan.

Ein neuer serbisch-bulgarischer Konflikt. Da die serbischen Militärbehörden an der Grenzzone von Egri-Kalanka am 2. November Ansprüche auf den bulgarischen Posten Laševce erhoben und militärische Vorbereitungen zu seiner Besetzung trafen, hat die bulgarische Regierung, in dem Wunsch jeden Zwischenfall vorzubeugen, „der schwere Folgen nach sich ziehen“ könnte, die russische Gesandtschaft in Belgrad ersucht, die notwendigen Schritte zu unternehmen.

Sofia, 5. November. Die bulgarische Regierung übermittelte dem griechischen Gesandten eine Note, in welcher gegen die barbarische Behandlung, welcher die bulgarischen Gefangenen durch die Griechen unterworfen seien, energisch protestiert wird. Die bulgarische Regierung erklärt, schließlich, sie verlange hierfür Genugtuung und werde sich für den Fall „freie Hand“ vorbehalten, wenn diese Genugtuung nicht erfolgen sollte.

Amerika.

Die Wahlen im Staate Newyork haben mit einer vollständigen Niederlage Kammahs, dieser korrupten Partei, geendet. Wilson wurde mit einer Mehrheit von mehr als 100 000 Stimmen zum Bürgermeister gewählt; auch die übrigen fusionistischen Kandidaten mit Ausnahme der Präsidenten der Stadtbezirke Queens und Richmond wurden mit großer Mehrheit gewählt. Lammon verliert auch die Mehrheit in der Staatslegislatur (Sensat), wo bereits 85 Republikaner, 48 Demokraten und 6 Progressisten gewählt sind. Das Ergebnis aus 12 Distrikten fehlt noch. Außer in Massachusetts und Virginien wurde auch in New-Jersey ein demokratischer Gouverneur gewählt, dessen Kandidatur energisch von Wilson und Bryan unterstützt wurde. Präsident Wilson ist „besonders befriedigt“ über das entscheidende Ergebnis in New-Jersey, das er als eine „Befestigung seiner Politik“ betrachtet.

Die Union und Mexiko. Die Meldung, daß die amerikanische Regierung an Huerta ein Ultimatum gerichtet habe, hat sich als beschränkt erwiesen. Präsident Wilson hat allerdings das Ersuchen an Huerta gestellt, abzusankern. Wenn Huerta nicht unerbittlich zurücktritt und danach sich der Leitung der Geschäfte und der Bildung einer neuen Regierung enthalten würde, wird Wilson ein Ultimatum stellen. Die Ablehnung dieses Ultimatus würde Wilson veranlassen, an den Kongreß das Ersuchen zu richten, ihn zur „Ergreifung strengere Maßnahmen“ zu ermächtigen. — Obwohl die Regierung in Washington Huerta keine genaue Formulierung ihrer Wünsche unterbreitet hat, so wird doch erklärt, daß die Einsetzung einer provisorischen Regierung von Wilson und Bryan als mögliche Lösung betrachtet wird. In diesem Falle würden die Aufständischen in der Kommission, welche die Regierung vorläufig übernehmen würde, in starker Zahl vertreten sein.

Paris, 5. November. In hiesigen unterrichteten Kreisen glaubt man zu wissen, daß die Vereinigten Staaten drei mexicanische Oasenstädte besetzen werden als Zwangsmaßregel gegen Huerta.

China.

Ein Staatsstreich Juanfuchais. Einen äußerst merkwürdigen Erfolg, der ganz das Aussehen eines Staatsstreichs hat, hat der Präsident Juanfuchai nach einer Meldung der Times aus Peking veröffentlicht. Dadurch entzieht Juanfuchai der Opposition, den sogenannten Kuo-Ming-Kang, ihre Siege im Parlament.

Das Manifest „begründet“ diese Maßnahme damit, daß der Aufbruch und die fortgesetzte Opposition gegenüber der Regierung jeden Fortschritt aufhalte. Das Manifest hat große Aufmerksamkeit, doch habe die Regierung, wie der Korrespondent des Reuters-Bureaus an amtlicher Stelle erklärt, „entsprechende militärische Maßnahmen“ getroffen. ehe sie das Manifest erließ, so daß sie keine Irrtüme befürchte.

Also ein Staatsstreich in aller Form. Die Partei, die im Parlament über 300 Siege zählt, setzt sich in der Hauptsache aus Abgeordneten des Südens zusammen und bildet die „Anführerschaft Sunjassens“. Sie macht der Regierungspartei die schärfste Opposition. Der Eingriff Juanfuchais ist ein durchaus selbstverständlicher Akt gegen die Verfallung der chinesischen Republik und seine Tragweite ist bei der gegenwärtigen Erregung des Landes noch gar nicht abzusehen.

Ausland am Ziel seiner Wünsche. Das russisch-chinesische Abkommen über die äußere Mongolei ist unterzeichnet worden. In diesem wird die Autonomie der äußeren Mongolei unter der Suzeränität Chinas anerkannt. China verzichtet auf das Recht, Truppen nach der äußeren Mongolei zu entsenden, eine chinesische Verwaltung dort zu unterhalten, Kolonien zu gründen und sich in kommerzielle oder industrielle Fragen einzumischen.

Aus der Partei.

Vom Fortschritte der Bildungsarbeit.

Bei unserem Zentralbildungsausschusse hat sich dieser Tage ein deutscher sozialdemokratischer Bildungsverein aus Montreal in Kanada angemeldet und um Zulassung von Materialien gebeten. Der Bildungsverein ist im Juli dieses Jahres von fünf Genossen gegründet worden. Inzwischen hat sich die Mitgliederzahl auf 35 erhöht, und die Genossen hoffen, bis zum Ende dieses Jahres auf 50 zu kommen. In dem Bericht an den Zentralbildungsausschuß heißt es, daß ein vorzüglicher Geist unter den Mitgliedern herrsche. Die ersten Beratungen, die in eigenen Versammlungen und Lesungen abgehalten wurden, hätten gute Erfolge gehabt. Eine Bibliothek sei im Entstehen begriffen, eine Buchhandlung werde in nächster Zeit eröffnet. Bei der Buchhandlung Wortwärts in Berlin habe man Bücher im Betrage von 170 Mark bestellt, wovon die Hälfte bereits feste Bestellung der Mitglieder sei. Die Genossen geben die Versicherung ab, daß sie bemüht sein werden, den guten Ruf der deutschen Sozialdemokratie auch dort im fernem Auslande zu rechtfertigen.

Volkswirtschaftliches.

Obstzölle her!

Die Ausfüllung der „Läden“ im Zolltarif durch möglichst hohe Zölle auf Obst, Gemüse usw. ist das heißersehnte Ziel agrarischer Wünsche. Neuerdings hat die Deutsche Tageszeitung eine neue Gefahr für den deutschen Obstbau entdekt. Sie weist auf die durch die Eröffnung des Panamanals bewirkte

Transportverbildigung des westamerikanischen Obstes hin, indem sie schreibt, daß heute das Obst aus Kalifornien, Oregon usw. nur auf dem teuren Seelenwege quer durch den amerikanischen Kontinent zu uns gelangen könne, daß aber durch den Panamanal der Seeweg um mehr als die Hälfte verkürzt würde und der amerikanische Früchter das Obst direkt ohne Umladung zu Schiff nach Deutschland schaffen könne, wodurch an Transportkosten bis zu 25 Prozent erspart würden. Die Folge wäre ein vermehrtes und entsprechend verbilligtes Angebot amerikanischen Obstes auf dem deutschen Markt. „Am 1. d. d. d.“, so fährt das agrarische Blatt fort, „muss ein wirksamer Schutz für den Obstbau unserer deutschen Bauern gefordert werden.“

Das Agrarierblatt hätte gut daran getan, anzugeben, wieviel denn die verbilligte Frucht auf die Löhne ungenügend ausmache. Auch das Gerücht vom „Obstbau des deutschen Bauern“ ist zu allgemein gehalten. In der Wirklichkeit würde, wenn der Wunsch der Deutschen Tageszeitung in Erfüllung ginge, nicht der „deutsche Bauer“, der, mit vereinzelten Ausnahmen, nur zu einem verhältnismäßig geringen Teil den Obstmarkt versorgt, sondern der große Obstplantagenbesitzer in Italien von einem amerikanischen „Golfstrich“ haben. Der große Obstzüchter erzielt aber heute schon Riesenerträge, wenn er nach gefundenen Grundrissen wirtschaftet. Daran mangelt es aber vielfach. Die durch die steigende Nachfrage gesicherte Rentabilität des Obstbaues hat in den letzten Jahren viele Leute veranlaßt, Obstplantagen, auf viel zu teuer erworbenen Böden anzulegen. Auch bei den höchsten Obstpreisen kommen diese Leute begriffslosweise nicht auf ihre Rechnung. Jhrebetwegen Obstzölle einzuführen, liegt kein Anlaß vor, ganz abgesehen von dem berechtigten Interesse der Konsumenten, für die heute schon die Obstpreise unerschwinglich sind.

Gewerkschaftliches.

Kassänge zum Streik der Papiermarenarbeiter Aischerslebens.
Als im Vorjahre die elend entlohnten Papiermarenarbeiter und Arbeiterinnen Aischerslebens sich etwas bessere Arbeitsbedingungen eringen wollten, verurteilten besonders die Inhaber der größten Firma, die diesfalschen Millionäre Westhorn, mit allen Mitteln dies durchaus berechtigte Bestreben zu verhindern. Sie setzten nicht nur die höchsten und finanziellen Behörden, sondern auch in hohem Maße die Gerichte in Bewegung, um die Lohnbewegung zum Scheitern und die Führer möglichst hinter Schloß und Riegel zu bringen. Selbst ein am Streik völlig unbeteiligter Buchdrucker mußte ungeschuldig eine Woche in der Gefängnis sitzen, weil er angeblich einige Adressen der Kunden der Firma Westhorn an die Streikenden verraten haben sollte. Als ein Mißerfolg dieser Justizaktion so gut wie sicher war, zog die noble Firma ihren Strafantrag gegen den betreffenden Buchdrucker zurück, ohne ihm auch nur die geringste Entschädigung für die unschuldig erlittene Inhaftierung zu erstatten. Gegen den Vorstehen des Buchbinderverbandes Klotz und den Bezirksleiter Kornäcker wurden mehrere Prozesse wegen aller möglichen Straftaten angehängt, aber in allen bisher entschiedenen Prozessen zog die Firma Westhorn den Fiskus ein. Und so wurde hier kürzlich wiederum vom Schwurgerichte in Hannover mit einer Beteiligungsschuld eines bei ihr beschäftigten Geimarbeiters gegen Kornäcker glatt abgewiesen, weil erstens nicht nachgewiesen worden sei, daß Kornäcker der Verfasser eines die Weibigung enthaltenden Artikels in der Buchbinderzeitung sei, ausserdem aber auch dem Genannten der Schwur des § 193 Str.-G.-B. zugewilligt werden müsse, da er berechtigt gewesen sei, die ungenügenden und gesundheitsgefährlichen Zustände in der Aischersleber Heimindustrie zu schildern; auch sei der Wahrheitsbeweis als gelungen anzusehen.

Verantwortlich für Textarbeit, Politische Literatur, Parteimaterialien Paul Hennig; für Ausland, Neuesten und Vermischtes Karl Vogt; für Gewerkschaftliches, Stadterobereramt und Württemberg Wilhelm Roman; für Halle und Ostpreußen Otto Müller; für Ost und Westpreußen Gottlieb Schneider; für die Angelen Wilhelm Berg; Verleger Alfred Schöni; sämtlich in Halle. — Druck der deutschen Genossenschafts-Buchdruckerei (e. o. m. b. H.).

Ausnahme-Woche

für

Seidenstoffe und Sammete.

Von Donnerstag, den 6. November cr., bis
einschl. Mittwoch, den 12. November cr.

stellen wir

Grosse Posten schwarze, weisse und farbige Seidenstoffe

für Blusen, Röcke, Braut-, Gesellschafts- und Strassenkleider,
ebenso grosse Posten Sammete für Blusen und Kleider
im Parterre unseres Geschäftslokales

auf Extra-Tischen zu Ausnahmepreisen aus.

Es bietet sich hierdurch eine äusserst günstige Gelegenheit,
wirklich gute Seidenstoffe und Sammete

zu fabelhaft billigen Preisen zu kaufen.

Auf alle anderen nicht extra aufgelegten Seidenstoffe und Sammete gewähren wir während der Ausnahmewoche **10%** Rabatt in bar oder doppelten Rabattmarken.

Brummer & Benjamin

Halle a. S. Grosse Ulridstrasse 22/24. Halle a. S.

1. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 262

Halle (Saale), Freitag den 7. November 1913

24. Jahrg.

Stadtverordnetenwähler dritter Klasse!

Parteigenossen und Gewerkschaftler!

Nur noch drei Tage trennen uns von der Entscheidungsschlacht um die Siege im Stadtparlament. In den Tagen von Montag bis Mittwoch nächster Woche wird es ein heißes Ringen geben, da unsere Aussichten günstiger denn je und der Sieg uns nahe ist! Die Stadtverordnetenwahl ist jetzt nicht mehr ein Kampf, der allein um die wirtschaftlichen Dinge geführt wird, die wir in den letzten Wochen beprochen haben. Die diesjährige Stadtverordnetenwahl ist ein Kampflampflaster Art. Dort die Besiegten mit allen ihren freiwilligen und unfreiwilligen Trabanten; hier die Befähigten und Unterdrückten unter Führung der Sozialdemokratie. Der Kampf ist damit noch über die Interessen der arbeitenden Bevölkerung hinaus eine **Schrense der Arbeiterkraft** geworden. Bringt uns die diesjährige Wahl sofort eine Stimmenaufschwung von einigen hundert Stimmen, so haben wir gefestigt und mit einem Schlage dreizehn, statt unserer bisherigen vier Vertreter im Stadtparlament. Und der Stimmenaufschwung ist leicht herauszuholen, denn über 6000 stimmberechtigte Lohnarbeiter sind im Jahre 1911 allein in der Altstadt der Wahl ferngeblieben. — **Sie zur Wahl anzufeuern, ist die wichtigste Aufgabe der nächsten Tage!**

Es steht für die Sozialdemokratie in diesem Jahre Großes auf dem Spiele. In den Vororten gilt es die zwei Mandate der Genossen **Merburg** und **Beige** zu verteidigen und wieder zu erobern. Der Zugang von Beamten, die in der dritten Abteilung wählen, ist in Giebichenstein und Kröllwitz in den letzten beiden Jahren ein besonders starker gewesen. Da heißt es für unsere Genossen, **Mann für Mann** antreten, damit der Sieg uns trotzdem sicher bleibt.

In der Altstadt aber gilt es, neun neue Mandate zu erobern; ein verlockender Machtwort, der jeden Genossen sicher zu angestrengtester Tätigkeit anspornen wird. Alle Hebel müssen in Bewegung gesetzt werden! Auf Bantzen und Plägen, in Werkstätten und Fabriken darf in den nächsten Tagen von nichts anderem gesprochen werden, wie von der Stadtverordnetenwahl! Ein Wahlberechtigter muß durch den anderen angepörrt werden. Es muß geflegt werden, um jeden Preis! Jede einzelne Stimme ist von gewaltiger Bedeutung. Und damit ja keine einzige Stimme verloren geht, bringen wir hier das Notwendigste, was bei der Stimmenabgabe genau zu beachten ist, in Erinnerung.

Jeder Wähler in der Altstadt wählt sämtliche neun Stadtverordnete. Vor den Wahllokale befinden sich Stimmzettel-Verteiler, die Zettel mit den Namen

der neun Kandidaten ausgeben. Diese Namen brauchen nur laut und deutlich am Wahltag verlesen zu werden. Gewählt wird an den drei Tagen von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 5 Uhr. Jeder Wähler gehe möglichst außerhalb der Mittagszeit und wenn irgend möglich, schon am ersten oder zweiten Tage zur Wahl. Wer wählen geht, muß die ihm vom Magistrat zugelandte Legitimationskarte einstecken. Sie wird ihm am Wahltag aberlangt werden. **Wer keine Legitimationskarte verlegt oder verloren hat, muß sich jetzt unverzüglich unter Mitnahme einer anderen Legitimation zum Wahl-Bureau, Großer Berlin 8, begeben, um dort Ersatz zu bekommen.** Die Wahllokale werden in den nächsten Tagen bekannt gemacht. — Für die Vororte gelten dieselben Vorschriften, nur mit dem Unterschiede, daß hier nur zwei Kandidaten genannt zu werden brauchen.

Diese Vorschriften müssen haargenau beachtet werden. Die paar Stimmen, die durch ihre Nichtbeachtung uns verloren gehen würden, könnten gerade dazu ausreichen, um statt eines Sieges eine Niederlage zu bringen.

Jetzt heißt es:

Auf zur Agitationsarbeit!

Teuerung, Wohnungselend, Abkehrung der Arbeitslosenversicherung und der Notstandsarbeiten, hartnäckige Unterdrückung aller gewerkschaftlicher Forderungen, die polizeiliche Verfolgung der Streikposten, das zweierlei Recht für Studenten und Arbeiter und

Die drohende Steuererhöhung

sind Agitationswaffen, die jeden Arbeiter förmlich zum Wählen anregen!

Und wer noch politische Ehre im Leibe hat, den muß wegen des entlarnten fälligen Terroristenystems, das selbst im Reichstag vor ganz Deutschland am Pranger stand, der heilige Haß packen und ihn unwiderrücklich zum Wahltag bringen, wo er deutlich seine Stimme gegen dieses ungeheuerliche Treiben der entarteten Selbstverleugere abgeben muß. Aus tiefer Erbitterung heraus muß das wertvolle Volk gegen das Terroristenystem, das ihm bisher seiner Vertretung im Rathans beraubt, zu einem wuchtigen Vernichtungsschlag ausholen! Alle Mann ans Werk, keiner darf abseits stehen! Es gilt ein heißes Ringen!

Vorwärts für den Erfolg der Sozialdemokratie!

Zur Stadtverordnetenwahl

Wie man die Arbeiter narret!

Wie wenig soziales Verständnis die bürgerlichen Stadtverordneten besitzen, beweist ganz klar die Tatsache, daß 21, 22 und 24 W. der wöchentliche Durchschnittslohn der städtischen Arbeiter ist. Infolge der Berechnung nach Stundenlöhnen wird bei ungenügender Berücksichtigung der wöchentlichen Arbeit ausgelegt werden muß, dieser wöchentliche Verdienst nur weiter bis auf 15 W. für Familienunterhalter herabgesetzt.

Wurde nun mal eine der berechtigten Arbeiterforderungen von den Stadtverordneten dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen, so wurde diese Forderung von denselben Stadtverordneten in den Deputationen oder Kuratorien wieder abgemürgelt. Nam nach einigen Wochen oder Monaten eine neue Petition, so wieder für die daselbst närrische Schaufelarbeit. Der treibende Geist waren auch hier die Liberalen und einige Großindustriellen. Alle dürfte infolge dieses grausamen Spiels unter den deutlichen Großstädten diejenige sein, in der die schlechtesten Verhältnisse für die städtischen Arbeiter existieren. Selbst die Petitionen der Eltern und Kinder fanden bei den bürgerlichen Stadtverordneten vielfach keine Gnade.

Wahr wie einmal ist es auch vorgekommen, daß den Stadtverordneten höhere Löhne vorgeschlagen wurden, so daß in einer erneuten Petition die Arbeiter durch eine schriftliche Erklärung oder durch die Arbeitervertreter den Stadtverordneten-Vertretern beizubringen ließen. Ein solcher Fall ereignete sich im März vorigen Jahres. Der Stadtb. und Fabrikbesitzer Dehne referierte über eine Lohnangebots der Wesener Wasserwerksarbeiter und empfahl namens des Ausschusses Überlegung zur Tagesordnung, da bereits Lohnhöhungen erfolgt seien. Unsere Genossen sprachen gegen den Antrag, da die Löhne völlig unzureichend seien. Aus einem Schreiben der Petenten wurde festgestellt, daß die Angaben

über die Höhe der Stadtverordneten falsch berichtet worden waren. Trotz dieses aufreizenden Ereignisses wurde der Antrag des Stadtb. Dehne dem Antrag auf Überlegung zur Tagesordnung; der auch mit großer Majorität angenommen wurde.

Ein gleiches Schicksal widerfuhr einer Petition des Verbandes der Gemeindearbeiter, die ebenfalls Lohnerhöhung und andere soziale Verbesserungen wünschte. Hier erzählte derselbe Referent als große Wichtigkeit, daß Tagelöhne von 3 bis 4 W. zum Teil um 10 Pfennig erhöht worden seien. Von unseren Genossen wurde tiefend erwidert, daß eine solche Lohnerhöhung bei denartigen niedrigen Löhnen in der Zeit der herrschenden Teuerung von den Arbeitern gar nicht gefordert werden. Zu dem Hinweis auf die sozialen Einrichtungen wurde bemerkt, daß die Arbeiter auf solche sozialen Einrichtungen keine Rücksicht nehmen, wenn sie dafür erst Inanspruchnahme der öffentlichen Kassen erhalten. Auch wurde darauf hingewiesen, daß es verheißend sei, wenn die minder Bekleidungsgegenstände bezahlt würden. Bei den Beamten gäbe es so etwas auch nicht. Ferner

wurden noch für die Außenarbeiter die ganz selbstverständlichen Forderungen verlangt. Strapuzlos ging über die bürgerlichen Stadtverordnetenmehrheit über alle Anzungen und Anträge zur Tagesordnung über.

Wenige Wochen später fand ein Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordneten zur Beratung, der Einführung des Wochenlohnes und eines Staffeltarif für die städtischen Arbeiter verlangte. Für die Arbeiter wurden Löhne von 25 bis 28 W. für die Arbeiter der Straßenreinigung, der Stadtbäckerei und des Schlachthaus und Viehhofs wurden Wochenlöhne von nur 22 bis 26 W. verlangt. Ferner sollten die verschiedenen Betriebe Arbeiterschichten in je drei Mann wählen, die über alle entstehenden Differenzen mit den Betriebsleitern zu verhandeln und die Wünsche der Arbeiter vertreten hätten.

Die Stadtb. Schöckle und Schulze traten als Scharfmacher auf und erklärten,

für die Arbeiter ist schon genug getan,

die sollen jetzt endlich mit ihrer Dränger aufhören.

Der Oberbürgermeister erklärte jedoch, in der Frage der Arbeiterauschüsse sei Halle bisher noch sehr rückständig geblieben. Sogleich würden die Deputationen und Kuratorien, denen doch in der Mehrheit Stadtverordnete angehörten, die Errichtung von Arbeiterauschüssen beschließen. Bei der Einführung des Wochenlohnsystems müßte die Stadt jedoch ganz erhebliche Aufwendungen machen. Die Lohnsumme würde erheblich größer als bisher. — Dieses Zugeständnis bewies deutlich, daß die Arbeiter durch Feiertage und schlechte Witterung große Verluste an Lohn hatten, daß sie also erheblich geringere bezahlten, als es den äußeren Anschein hat.

Stadtb. Direktor Zell führte sich trotz dieses oberbürgermeisterlichen Eingehens veranlaßt, daß für die Stadtverordneten diese Frage zum Entscheidenden, so wären sie bei diesem Beschluß mit seiner Anerkennung belastet. — Hiergegen wurde von unseren Genossen gehörig Front gemacht und auf die Dringlichkeit der Forderungen der Arbeiter nochmals hingewiesen.

Bei der folgenden Abstimmung wurden die Wochenlöhne zur Erzwangung und die Arbeiterauschüsse zur Berücksichtigung an den Magistrat überwiesen. Trotz dieses mageren Resultates ist jedoch bis heute — nach reichlich anderthalb Jahren — selbst diesen winzigen Verschüssen noch nicht Rechnung getragen worden.

Die Beschäftigung war im März 1912. Ein halbes Jahr später verhandelte man wieder über eingehende Petitionen der städtischen Arbeiter, in denen dieselben Forderungen — d. h. Lohnerhöhung, Wochenlohn und Arbeiterauschüsse — erhoben wurde. Diese Petitionen wurden aber auf der Wochen — zurückgestellt! Trotzdem kam es aber zu einer für die bürgerlichen Stadtverordneten recht klamhaften Entscheidung.

Es lag nämlich eine Magistratsvorlage vor, daß die in den Polizeirevierern bestehenden 17 Meldebüroverwalter allmählich in elmsmäßige Bureauangestellten umgewandelt und entsprechende Lohnzulage gewährt würden. Daß der Magistrat eine Erhöhung der Löhne dieser Schreiber verlangte, hatte

natürlich seine guten Gründe. Einer dieser Schreiber hatte nämlich infolge seines geringen Lohnes Meinen und Dein nicht mehr recht unterscheiden.

war vor Gericht gestellt und beurteilt worden. Der Stadtb. Vorbesitzer mußte als Referent im Auftrage des Rechts- und Verwaltungsausschusses und des Staatsanwaltes erklären, daß die Vorlage des Magistrats angenommen werden müsse, selbst wenn größere Kosten entstünden, damit die Stadt nicht noch weitere schwere Schadenfälle aus der niedrigen Vergütung der Leute erleide. Er wollte im Interesse der Stadt darauf nicht weiter eingehen. Aber es sei doch der Stadt unwürdig, wenn einer ihrer Meldebüroschreiber vor Gericht steht und der Richter bringt topfchüttelnd zum Ausdruck, es sei nicht verwunderlich, wenn ein 50jähriger Familienvater bei 85 W. Monatsgehalt nach zwei oder drei W. nicht mehr zu leben vermöge. Wollte man die Stadt vor solcher Vlamagen ihrer Angestellten sichern, so müsse sogleich eine wesentliche Gehalts-erhöhung durch die Annahme der Magistratsvorlage erfolgen.

Nach einigen weiteren begründenden Worten wurde denn auch die Vorlage angenommen, und zwar ganz ohne Debatte, was bisher bei Gehaltsverhandlungen noch nie dagewesen ist. Aber jeder dachte wohl: Stille, stille, kein Geräusch gemacht. Lieber seine eignen Vlamagen spricht man nicht gern, sucht sie vielmehr schleunigst aus der Welt zu schaffen nach der schönen Schildbürgermethode: Wenn das Kind ertrunken ist, bedt man den Wunden zu. Wie aber halten es gerade für angebracht, jetzt im Wahlkampf auf diese ständliche Angelegenheit hinzuweisen und immer wieder zu sagen, daß es noch Hunderte städtischer Angestellter und Arbeiter gibt, bei denen es wegen ihrer ganz unerhöht miserablen Entlohnung in die nächsten Tagen auch nicht verwunderlich wäre, wenn sie nach 2 oder 3 W. greifen, die ihnen eigentlich nicht zu stehen.

Dieses ständische System der niedrigen Löhne ist nur von den bürgerlichen Parteien verurteilt.

Im übrigen wurde in derselben ereignisreichen Stadtverordnetenversammlung auch noch eine Lohnerhöhung für die Aufseher der Straßenreinigung durchgedrückt. Zur Kennzeichnung des ausbeuterischen Innenverhältnisses wollen wir die damalige charakteristische Rede eines Scharfmachers vom Westen geben. Der bekannte Baumunternehmer Stadtb. Schulze forderte die Bewilligung der Aufseherzulage mit folgender Begründung:

Aufseher und Aufseher, das wißt er genau, müßte man für den Betrieb durch gute Vergütung zu interessieren suchen, sie könnten einen großen Nutzen bringen. Wenn der Aufseher rechtlich dahinter liegt, könne er dies für die gehörige Anrechnung der Arbeiterkräfte tun.

Als Aufseher also will Herr Schulze die Aufseher mitbraucht wissen. Dieser bürgerliche Stadtverordnete kennt die raffinierte Ausbeutermethode.

Auf Anregung unserer Genossen hin, wurde aber wenigstens für die Straßenreiner, deren Lohn damals wöchentlich 18 bis 20 W. betrug, eine Lohnaufbesserung in Aussicht gestellt.

Zu einer Debatte über Arbeiterangelegenheiten kann es denn wieder im Januar d. J. gelegentlich der Stadtratssitzung über das Wahlrecht. Es wurde nämlich der Stadtratssitzung eine Mitteilung gemacht, daß

30 000 Mark für Löhne weniger

eingelegt wären, weil die neuen Metorten viel weniger Bedienung benötigten.

Interessanten wiesen darauf hin, daß es sich hier einmal wieder ganz hoch zeige, wie die Maschinen die Arbeiter überflüssig mache. Da aus dem Etat nichts anderes zu erfahren ist, müßte man annehmen, daß die überzähligen Arbeiter entlassen sind, also arbeitslos wurden. Das müßte man bei dieser Gelegenheit feststellen, da im Laufe des Jahres eine Forderung nach Schaffung einer städtischen Arbeitslosenunterstützungskasse abgelehnt worden ist. Wenn mit dem Fortschreiten der Zeit in städtischen und privaten Betrieben fort und fort Arbeiter überflüssig werden, dann müßte schließlich eine Unterstützungsanstalt für Arbeitslose geschaffen werden. Bei dem drohenden Anwachsen der Zahl der Arbeitslosen sei es die Aufgabe der größeren Städte, das durchgehend in der Schaffung eines Arbeitslosenunterstützungssystems vorzugehen.

Ein zünftiges Leben der liberalen Stadtvorordneten

und einiger Großindustrieller war die Antwort hierauf. Der liberale Stadtrat Greßler bemerkte nur noch zur Begründung, daß mit der Schaffung neuer Wohnstätten für die Arbeiter baldigst vorgegangen werde. Die Entlassung von Arbeitern bei Anschaffung besserer Maschinen werde möglichst vermieden.

Im Februar d. J. mußte jedoch schon wieder eine neue Petition der städtischen Arbeiter um Lohnrückzahlung und Entlassung von Arbeiterauschüssen verhandelt werden. Auch hier empfahl der Petitionsausschuß zunächst für den Teil der Petition, der Arbeiterauschüsse verlangt, Ueberzeugung, der Arbeiter aus dem Magistrat zur Verdrängung. Der Referent stellte dazu fest, daß ein solcher Wechsel schon einmal von den Stadtvorordneten gefordert worden sei, der Magistratsvertreter habe aber in der Ausführung mitgeteilt, daß Stadtvorordnete in den Deputationen der einzelnen Werke entgegen dem Stadtvorordnenversammlungsbeschuß die Arbeiterauschüsse abgelehnt hätten.

Stadtrat Greßler teilte dazu mit, daß die Verhaltung der Gas- und Wasserwerke glaubt, wenn Arbeiterauschüsse eingesetzt würden, so würden die nicht Frieden, sondern Unfrieden bringen.

Stadtd. Böckele schloß sich dem mit einigen scharfmerkwürdigen Bemerkungen an, wobei er zum Schluß meinte, die Arbeiterauschüsse müßten nur den Sozialdemokraten mehr Gelegenheiten geben, hier mit. Wir haben gehört allerlei Vermutungen zur Verhinderung der Arbeiter vorzubringen. Diese anonymen Verdächtigungen solle man nicht noch fördern.

Gewisse Oesterburg antwortete dem Schatzmeister: Ja, wohl, leider müßten sie ab und zu sagen, wir haben diese und jene Beschwerde gehört; denn Namen zu nennen dürfte man ja nicht wagen, weil dann Maßnahmen erfolgen würden. Nicht die Sozialdemokratie sei Terrorismus, sondern das Unternehmertum und solche Behörden, die öffentlich befördernde oder organisierte Arbeiter mangelten. In den Rathungslagen, der Erfassungfrage liege der Grund dafür, daß die Arbeiter ihre Namen bei Beschwerden nicht nennen lassen. Sollte man annehmen, daß keine Maßnahmen erfolgen, dann könnte für jede Beschwerde mit hohem Namen eine Erwähnung aufgegeben werden. Die Arbeiterauschüsse seien eine Erscheinung der neuen Zeit, der man sich nicht verschließen könnte. Wer die Ausschüsse nicht wolle, unterstütze die Geschäftswirtschaft der Vorbesten, der wolle nach dem Grundtat und herrsche

in unehrlicher Weise Reich, Geld und Zwietracht unter den Arbeitern säen,

um sie dann einzeln besser unterdrücken zu können.

Gewisse Emmer stellte dann noch fest: Wiewohl habe Herr Rixe immer sagen können, der Magistrat sei für Arbeiterauschüsse, aber die Stadtvorordneten in den Deputationen lehnten sie stets ab; jetzt sei es aber durch Stadtrat Greßlers Rede festgestellt, daß der Magistrat nicht einstimmig und energisch für, sondern sogar öffentlich gegen Arbeiterauschüsse auftrat.

Gewisse Stadtrat Greßler, der doch auch Stadtvorordner war, sollte doch Stadtvorordnenbeschlüsse respektieren.

Nach dieser energischen Auseinandersetzung sagte Stadtrat Greßler dann gar, daß die Deputationen nochmals von den Arbeiterauschüssen Stellung nehmen würden. — Hierauf wurde der Abfall der Petition, der Arbeiterauschüsse fordert, mit 25 gegen 18 Stimmen dem Magistrat wieder aufs neue zur Berücksichtigung überwiesen.

Ein weiterer Abfall der Petition, der die Einführung von Wohnstätten verlangte, was vom Gen. Oesterburg noch energisch beantwortet wurde, befiel auf Antrag des liberalen Stadtd. Geza u. der Vertagung.

Mit diesem Beschluß wurden die Arbeiter

wieder bis auf den St. Nummerneinzig verfrachtet.

Was hier in den Wünschen der städtischen Arbeiter noch nach keiner Seite Rechnung getragen worden. Deshalb war es in der letzten Versammlung der Gemeindevorstände nötig, wieder eine neue Petition an das Stadtvorordnenkollegium zu beschließen.

Wenn so die Arbeiter Jahr für Jahr gequält werden, die Schuld von einer Minderheit auf die andere geschoben wird, wenn durch die unehrlich niedrigen Löhne Arbeiter zu Disziplinären gezwungen werden, so daß selbst bürgerliche Arbeiter sich beklagen müssen, wenn für Familienmitglieder noch Beschlüsse von 15 Mark im Monat möglich sind, dann ist es natürlich die allerhöchste Zeit, daß mit solchen Zuständen bei der Stadtvorordnenversammlung gründlich abgerechnet wird. So lange bei der Stadtvorordnenversammlung solche Zustände herrschen, kann man in privaten Betrieben nichts Besseres erwarten. Also: befehlen wir uns der Grundbesitz, die Reaktion in der Stadtvorordnenversammlung, Verstoß der Sozialdemokratie zum Sieg!

Das gegnerische Flugblatt.

I.

Wenn es überhaupt noch eines Beweises bedürft hätte, um die trübseligen Verhältnisse der bürgerlichen Wirtschaft in der dritten Abteilung und die schlotternde Arbeit vor der positiven Arbeit der Sozialdemokratie in der Gemeinde vor aller Welt aufzuzeigen, so hat das Wahlkomitee der Bürger- und Kommunalvereiner diesen Beweis glänzend geliefert. Und zwar durch den Inhalt des Flugblattes, mit dem diesen Morgen in jedem Haus, jede Wohnung und schließlich auch manches verstreute Versteck überflutet worden ist.

Was seinen Zweckungen unerschöpflich ist das jüngste bürgerliche Flugblatt anzusehen schon recht merkwürdig durch die Größe des Formats. „Steh ab denn so leicht um die bürgerliche Sache?“ frug am Dienstag in der bürgerlichen Wählerversammlung ein neben uns stehender älterer Herr, der mit ihm eines der Flugblätter betrachtete. „Was muß es doch ausgeben, fuhrt er fort, nach dem ich nun schon das fünfte Mal in der Sorte bekommen habe!“ Der Mann behauptete zweifellos ein sehr gutes Arbeitervermögen. Mit der Größe der

Hände wuchsen auch die Dimensionen der bürgerlichen Rettungsbroschüre. Aus Leichtigkeit werden sich die Herren dem bürgerlichen Wahlkampf gewiß nicht in die größeren Entlohnungen gefügt haben, zumal es doch sicherlich feinerweise zu den eigentlichen Aufgaben gehört, bei den beizugehenden Interessen an der Erhaltung der Sozialdemokratie aus dem Hallischen Stadtvorordnenkollegium

und ihre Wahlscheit zu vermeiden.

Auch denn nicht, wenn man, wie die jetzigen Leiter der Bürgervereine, in diesem edlen Handort schon einige Übung besitzen sollte.

Und der Inhalt der bürgerlichen Sendung zur Wahl? Doch Gott erbarm! Er liegt im schreienden Mißverhältnis zur Größe des bedruckten Papiers. So überaus armelig mutet er den denkenden Menschen an, daß man mit der Erzeugung eines solchen Mittels nicht geringe Kosten zu den erprobtesten Mitteln noch eine andere, schmerzliche Eigenschaft frage: nach dem Recept des Reichsmaßvertrages

gegen die Sozialdemokratie angefertigt zu sein:

„Verstecke nur frisch den Kopf...“

Sachlich weis das Flugblatt gegen die Sozialdemokratie und ihre kommunalen Forderungen auch nicht einen Satz zu sagen, nicht eine einzige Tatsache anzuführen. Derselbe Redensarten finden wir darin, dem Reichsmaßvertrags-Bundbuch entnommene Verdächtigungen und außerdem mannigfaltige geradezu klassische Beweise einer gegenstandslosen Unkenntnis gegenüber den Dingen, um die es sich im gegenwärtigen der Entscheidung entgegenstehenden Kampfe handelt, den Fragen der Kommunalpolitik. Und dabei geistige Werte mit kleinen Glanzen mag es, der vielen unerschöpflichen, zur Kultur vorwärts- und aufwärtsstrebenden Arbeiterschaft von Halle die Siege der dritten Abteilung noch immer freitig zu machen!... Es ist unmöglich und unnützlich, allem

Wißt man und Schwindel.

den das Flugblatt enthält, entgegenzutreten. Wir halten es — zur Ehre der bürgerlichen Bevölkerung sei das gesagt — für unentbehrlich, daß in der Wahlstadt Halle einmal solchen, aus tödlicher Angst vor der Sozialdemokratie müßsam zusammengekauften Flugblatt irgendwelcher Wert beigelegt werden könnte. Aber einiges ist doch kritisch beleuchtet.

Auftritt stimmt uns die einleitende Feststellung von der sicheren Aussicht des sozialdemokratischen Sieges: „Der Kampf wird diesmal besser, ein Sieg der vereinten bürgerlichen Parteien schwerer werden als je“, noch lustiger die folgenden verzerrten Anglistiken: „Gefahr im Verzug!“, „Nationale

Bürger, wacht auf!“

„Alle Mann auf die Schanzen!“ Aber was soll das heißen: „Ein Sieg der bürgerlichen Parteien...“? In der Diensttagerversammlung konnte man bis zum Ueberdruß oft hören die Fauberformel, mit der die Wähler der Bürgervereiner ihre Wahllosgen gegen die Sozialdemokratie notdürftig zusammenleierten: Politische Geschäftswelt scheiden für uns aus; wir haben mit politischen Parteien nichts zu tun; wenn wir politisch vorgehen wollten, wäre unser Abkommen sofort erledigt usw. Und nun ist auf einmal die Rede von den bürgerlichen Parteien! Wie ist dieser Widerspruch zu lösen? Nicht anders, als daß man annehmen muß, jenes lässliche Flugblatt sei

von einem Beauftragten des Reichsmaßvertrages

oder nach bestimmten Mustern von der Reichsmaßvertragsbehörde verfaßt worden.“ Wie tief ist man doch in der „liberalen“ Wahlstadt Halle schon gesunken!

— Aus und Trug ist es, wenn das Flugblatt fortfährt:

„Für die sozialdemokratischen Gemeindevorsteher kommt immer erst die Partei, dann die Gemeinde, für sie lautet der oberste Grundsatz: Parteimittel über Gemeindegeld!“

Doch denn nicht so ist, wie das Flugblatt behauptet, daß die Sozialdemokratie in der Kommunalpolitik sich vielmehr einsig und allein von der

Kandidaturfrage auf das Wohl der Gemeinde

und ihrer Bewohner leiten läßt, dasus wären aus dem Stegreif Klagen von Beweisen anzuführen. Behauptungen von Männern, deren Namen im kommunalen Leben anderen Rang haben, wie etwa G. O. Böcher oder Keller. Der national-liberale Landgerichtsdirektor dieser führte 1907 im badischen Landtag aus:

„Jetzt ist es soweit hier in Karlsruhe, daß in der Vertretung der dritten Klasse 22 Sozialdemokraten sitzen. Ich muß den Herren das Zeugnis geben, daß sie viel besser als so manche kurzzeitige Gewerbetreibende, die die Städte hier aus vielfach bergen, die Sache verstehen, daß sie mit dem Willen anstreben, der Arbeiter sich über alle maßgebenden Fragen zu äußern, daß sie auch den Wert haben, vor jedermann ein Zeugnis auszusprechen... Sie geben von arbeitsreichen Geschäftspunkten aus, als mannde andere. Und wenn die Städte sich so gedehntlich einweisen können, so darf man in jeder Bürgervereinerung sicher sein, daß sie ein gut und besseres politisches Mittel ist es auch, die beiden Parteien der Stadt über auf materiellem Gebiete, man unter den Sozialdemokraten überlegen und entscheidende Anhänger der Parteien findet.“

— Und der frühere, vor kurzem in den Ruhestand getretene Oberbürgermeister Wides von Frankfurt a. M. erklärte auf dem deutschen Städtetag zu Dresden 1908:

„Es ist längst anerkannt, daß gesunde und bedeutungsvolle moderne Entwicklungen aus dem sozialistischen Ideenkreis herauszuwachsen sind. Rinde in deutschen Städten neuerdings glückliche Einrichtungen, wie insbesondere Arbeitsvermittlungsinstitutionen, namentlich aber die zur Verbesserung der Lage der städtischen Arbeiterschaft unternommenen Maßnahmen und die Einführung von Arbeiterauswahlkommissionen in die Submissionsbedingungen u. a. m., sind sozialistische Anregungen zu veranlassen.“

Der Herrliche Stadtvorordnenführer Justizrat Casse sollte der Stadtvorordnenmitglied unserer verdorbenen Bürgervereiner ein solches Zeugnis abgeben, als er ihm zum bürgerlichen Stadtvorordnenversammlungsabend im Bureau der Stadtvorordnenversammlung eine Klippzettel an-

staltete. Herrliche Stadtvorordnenführer Justizrat Casse sagte dabei u. a. Folgendes:

„Ich selber habe sehr gern, eindruckliche Mitteilungen, sein mit warmer Gesinnung, Gewissenhaftigkeit und Ehrlichkeit bei hiesigen Einträgen für das Wohl unserer Stadt Berlin und die Rechte ihrer Bürger, wachsam sind von uns allen immer anerkannt worden.“

Aber wozu in die Ferne schweifen? Haben nicht auch die Sozialdemokraten aus dem Hallischen Rathaus durch ihre eifrige Wirksamkeit bewiesen, daß sie von dem Grundsat ausgehend handeln:

„Für das Wohl der Gemeinde und ihrer Bewohner!“

Kriecht nicht auf die Hallischen Stadtvorordnenkollegium so vollkommen auf, was der ehemalige Franzfurter Oberbürgermeister andeutete? Haben nicht gerade in Halle die Sozialdemokraten seit Jahren und in reichlichem Maße wertvolle Anregungen gegeben!

Die sozialdemokratischen Stadtvorordneten in Halle besämpften mit aller Energie das

grauenhafte Wohnungswesen, das hierorts noch anzuatmen ist, sie zeigten auch den Weg, auf dem wirksam Abhilfe dieses schmerzlichen, Volksgesundheitsschwer gefährlichen sozialen Mißstandes zu schaffen ist.

Die sozialdemokratischen Stadtvorordneten verlangten wiederholt, daß den städtischen Beamten, Angestellten und Arbeitern eine den letzten Verhältnissen der Zeit

entsprechende Besoldung und Entlohnung

zuteil wird. Es lag an der bürgerlichen Mehrheit des Hallischen Stadtvorordnenkollegiums, speziell an dem von den Beamten sich genügend geltendgemachten Verhalten des Herrn Döbler, wenn nur ein paar Feinlinge oder Geizhalsen dem willigig wurden.

Die sozialdemokratischen Stadtvorordneten beantragten wiederholt, was in fast allen deutschen Städten allgemein durchgeführt worden ist: die

Bernahe des Rathausarbeiters für Arbeitslose. Die bürgerliche Mehrheit lehnte diese soziale Forderung zugunsten der ärmsten unserer städtischen Bürger rundweg ab.

Die sozialdemokratischen Vertreter traten für eine moderne Reform des Schulwesens

ein, wie sie auch von den Fachleuten, den Lehrern, gefordert wird. Sie beantragten die Aufhebung des Fortbildungsschulgebührens, die Befreiung der lernpflichtigen und unzulänglichen Schulkinder und anderes mehr, was

unser Schulwesen leistungsfähiger gemacht hätte, vor allem die Errichtung neuer Schulsysteme, damit die Klassenfrequenz herabgemindert werden kann. Das alle diese

von Partein, eifer Liebe zur Stadt

Halle und ihres Wohlwärtigkeit veranlassigen Anregungen und noch viele andere niedergegibt wurden, das muß der bürgerlichen Mehrheit zum Vorwurf gemacht werden. Man kann es nicht anders, als

unbegriffliche Dreistigkeit

nennen, wenn jene Leute, die von der eifrigen positiven Arbeit der Hallischen Rathausvertreter der Sozialdemokratie genau unterrichtet sind, in dem Flugblatt zugunsten ihrer Kandidaturen schreiben lassen, der Sozialdemokratie gebe das Hauptverdienst über das Gemeinwohl! Das ist gewiß: die Hallischen Wähler der erwerbstätigen Stände werden den Verantwortlichen diese unehrliche Kampfmethode heimtücklich

Der Streit um die „positive Arbeit“.

Ein gelegentlich Mitarbeiter schreibt uns:

Das den jetzigen bürgerlichen Leitungen beigelegte Flugblatt der bürgerlichen Wählervereiner dritten Abteilung (auf das wir noch eingehen werden, D. H.) hat die Dreistigkeit, die Sozialdemokratie vorzumachen, daß ihr ein wahrhaftig, positiver Arbeit überzogen nicht gegeben sei.

Mit den Verfassern dieses Flugblattes vor dem Ausgang der Wahlen über die positive Arbeit der Parteigenossen im bürgerlichen Stadtparlament zu streiten, soll nicht Aufgabe dieser Zeilen sein. Das wird wohl noch an anderer Stelle erfolgen.

Hier soll einmal auf die Verdichte hingewiesen werden, die bürgerliche Stadtvorordnete Halles von ihrer diesjährigen Stimmzeit aus Koppenhagen mitbrachten, einer Stadt, die eine erhebliche Mehrheit sozialdemokratischer Gemeindevorsteher besitzt, ja „jogar“ einen sozialdemokratischen Bürgermeister hat! Die Hallischen Stadtvorordnete waren des Lobes voll über die hervorragenden, praktischen und nachahmungswürdigen Einrichtungen dieser so stark sozialistisch „durchdrungenen“ Kommune. Die Meinlichkeit der Straßen, die wellenwunderschöne Wohnpolitik, die hervorragenden Parkanlagen, die Schulverhältnisse, praktische Verbesserungen wurden sämtlich in den Himmel gehoben. Solch hehrlich von dem Befehlenden letzte die Stadtkommmission nach hier zurück und berichtete in den Bürgervereiner.

Da wurde nun ausgeplaudert, daß es einem bürgerlichen hohen Magistrats Herrn gar nicht in den Kopf wollte, daß in der bewundernswürdigen Stadt ein Sozialdemokrat Bürgermeister sei! Und als der Hallische Magistrats Herr sich beim Abschiedswort an dem ihm zunächst stehenden Koppenhagener Herrn um „Aufklärung“ darüber wandte, daß „jogar“ ein Sozialdemokrat „Bürgermeister“ sein sollte, da hatte er die Lächer auf seiner Seite, — denn — der Herrtrage war eben der Parteigenosse, der dort mit der fraßen sozialdemokratischen Stadtvorordnenfraktion so bewundernswürdig für die Kommune gearbeitet hat!

Trotz dieses wahren Geschehens, daß hier viel belaudet wurde und doch ein ganz anderes, wenn es sozialistisch, positiv, praktischer Arbeit ist, wird, das Gemeinwohl vor Augen jeder Mitarbeiter weitergetragen werden.

Aber wie sieht es denn nun mit der Mitarbeit der bürgerlichen Vertreter für die Stadtwahlordnung aus? Ist es von der Bürgervereiner oder seinen Anhängern nicht bekannt, daß mehrerer seiner Mitglieder als Stadtvorordnete wiederholt versucht haben, für allerlei private Interessen einzutreten.

Es ist fahrlässig, daß ein bürgerlicher Stadtvorordner der Worte, der jetzt wegen Fortzugs nicht wieder aufgestellt ist, sich wiederholt um städtische Ämter beworben hat, bis ihm Bürgermeister von Holtz gleichmäßig deutlich zu verstehen gab, daß er als Stadtvorordner bei der Werbung der Wähler nicht in Frage käme. Und wie ist es mit der Unzufriedenheit bürgerlicher Vertreter bei ihrer positiven Arbeit! Haben nicht Stadtvorordnete häufig erklärt, am liebsten ihre Abkündigung der Mitgliedschaft der Sonntagstrübe zügig anzuzeigen —

Wenn es noch ginge — weil es zuviel Ruchschaff be-
lassen hätte und die aufwändige Vertretung der Inter-
essen einer großen Firmen im Kampfe gegen die Sonntags-
ruhe durch einen Stadtdirektor im Kampfe gegen die Sonntags-
gemeiner Erziehung. — Als weiter bei einem Geländeausschuss
durch die Wahl eines Stadtdirektors für den Posten, der das
recht, stelle Genosse Emmer fest, daß dieser Stadtdirektor
der Würdigkeit des vertrauensvollen Bankiers ist.
Das sind nur einige wenige Fälle gelegentlicher Vertretung
privater oder gesellschaftlicher Interessen durch bürgerliche Stadt-
verordnete. Genosse Emmer hat im Laufe der Jahre noch
manchen anderen ähnlichen Fall in den Debatten der Stadt-
verordnetenversammlung festgehalten. Aber diese Fälle privater
Tätigkeit bürgerlicher Stadtdirektoren sind noch nicht
das Schlimmste. Es sind immer nur Kleinigkeiten, die so im
Laufe eines einzelnen Debates einmal die Aufmerksamkeit der Stadt-
räte ungenutzt einfließen. Es sind nur wenige Klagen, die
zufällig an die Oberfläche kommen, dagegen kann man jedoch
mit Recht sagen: Da drüben aber ist's hauptsächlich
In dem letzten kommunalpolitischen Stadtausschuss in Ansehung
der Veranschaulichung der Stadtverwaltung mit voller Berechtigung
die fernliegende Bemerkung von der „Gruppe von Inter-
essenten, die nicht zu fassen sind“. Solche Gruppen schauer-
licher Größe gibt es solange überall, wo das Dreifachwahlrecht
herrscht, wie die Sozialdemokratie keinen wesentlichen bestimm-
enden Einfluß in der Verwaltung hat. Wo Geldad-
ressen die ganze Macht in Händen haben, muß sich ein Kapital-
ist private Interessen entschlupfen. Soll wirklich ein solcher
Arbeit zum alleinigen Segen der Stadtgemeinde — geleitet
werden kann nur der Segen der sozialdemokratischen Stadt-
verordneten durch die beherrschende Macht ganz energisch ver-
fügt werden unter dem Rufe: Fort mit den Interessent-
verhältnissen!

Halle und Saalkreis.

Halle (Saale), den 6. November 1913.

Eine Goldpapierfabrik.

Vor einigen Tagen wurde an dieser Stelle ausführlich ge-
schildert, unter welcher schändlichen Arbeitsbedingung die Ar-
beiter der Ammenborfer Papierfabrik in Stadelwitz bei Halle
tätig zu sein gezwungen sind. Wir hatten es deswegen für
notwendig, die aufreizende Wirkungsbeziehung dieser
Alltagsgesellschaft in ihren Verhältnissen einmal etwas ge-
nauer zu betrachten. Das Unternehmen erzeugt zurzeit jähr-
lich etwa 25 Millionen Kilogramm Papier, den Wert dieser
Produktion hat sich die Leitung dieser Papierfabrik schon im
Vorjahr bis zum Jahre 1912 gehöhrt. Die beiden Direktoren,
die Herren Holz und Rohnt, die jetzt für 19 und 30 Mark den
Arbeiter im Rudgatz, ihre Organisation, abstoßen wollen,
haben nämlich behauptet, daß ihre Gesellschaft als
Wirtlich des Reiches der Arbeiter der Papierfabrik
papierfabriken, die Papierpreise bezahlt
bestimmt. Man sieht, die moralische Auffassung über die
Notwendigkeit der Organisation ändert sich bei diesen Direk-
toren je nach dem, was sich organisiert.

Das Aktienkapital der Ammenborfer Papierfabrik beträgt
1.600.000 Mark, dazu kommt noch eine Million Mark
Anleihegeld. Die Gesellschaft hat die Aktienkapital in den
letzten Jahren zehn Jahren jährlich mit etwas mehr als
20 Prozent vergrößert. Das heißt, jeder Aktionär
sein Kapital mehr als einmal zurückgekauft
bestimmen, ohne daß das von ihm eingekaufte Kapital
gekauft worden wäre. Angesichts solcher Zustände gibt es
nur eine Feststellung, solche Gewinne sind kulturell gemeinlos
und schamhaft, wenn sie ihnen nicht die Arbeiter unter anstän-
digen Arbeitsbedingungen tätig zu sein in der Lage sind.

Man darf aber nicht vergessen, daß die Dividende durchaus
nicht den gesamten Gewinn, was die Tätigkeit eines Jahres
darstellt. Hat doch die Ammenborfer Papierfabrik nicht nur
den gesetzlichen Reservefonds längst aufgeschlüsselt, sondern auch
den gesetzlichen Dispositionsfonds, ein Bankkonto in der Höhe
von einem Drittel des Aktienkapitals und eine ganze Reihe
weiter Reserven! Alle diese Summen sind aus den jährlichen
Gewinnen, die die Ammenborfer Papierfabrik macht, mit zu-
sammengekratzt!

Die Leitung der Ammenborfer Papierfabrik ist in den Hän-
den von fünf Herren; zwei Geheimen Kommerzienräten,
einem Kommerzienrat und zwei „gewöhnlichen“ Bankiers. Die
zwei Kommerzienräte sind aber auch Bankiers. Der Vor-
sitzende des Aufsichtsrates ist der Kommerzienrat
Friedr. Bergmann, Berlin W. 30, Lindenstraße 16.
Er ist nicht nur im Aufsichtsrat der Ammenborfer Papier-
fabrik, sondern auch in dem Vorstand-Bankverein in Halle
und dem der Reichsbank Aktienpapierfabrik. Sein
Vertreter ist der Geheim Kommerzienrat und Salizier Bankier
Leinrich Franz Lehmann, der in ständige Aufsichtsräten
sitzt und aus dieser „nebenberuflichen“ Tätigkeit rund 100.000
Mark jährlich an Lohnteilen bezieht. Der Vorsitzende der
Bankkammer zu Halle (Saale), der Geheim Kommerzienrat
Emil Gledner, Bankier in Stroma Reinhold Gledner,
ist der dritte Aufsichtsrat; er hat nur acht solcher Stellen. Der
Vize-Direktor außer Diensten Karl Knöche ist der
Präsident unter den Aufsichtsratsmitgliedern der Ammenborfer
Papierfabrik, er muß sich mit den paar lumpigen tausend
Mark Lohnteilen begnügen, die er sich in Halle verdient. Der
fünfte im Rande ist der bekannte Bankier Ludwig Deibel, d.
R. Mitglied des Reichsbank Aufsichtsrates, der Aufsichtsrat
Mitglied der Reichsbank Aufsichtsrat, Gledner, d. G., er ist
überdies in neunzehn Aufsichtsräten, unter anderem bei Krupp
und bei der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, er gehört
auch dem Zentralausschuss der Reichsbank in Berlin an.

Nach dem Haren Vorläufe des Gesetzes ist der Aufsichtsrat
die beratende Oberleitung einer Aktien-
gesellschaft. Demzufolge muß man annehmen, daß die fünf
Herren Aufsichtsräte, diese Bankiers, Kommerzienräte, Ge-
heim Kommerzienräte und Millionäre es nicht nur dulden,
sondern auch wünschen, daß in der Ammenborfer
Papierfabrik der Arbeiter so unglücklich schändlich behandelt
wird, wie es im allgemeinen schon in den Weltteilen ge-
wöhnlich sein dürfte. Man sieht, die Ammenborfer Papierfabrik
und Arbeiterbehandlung, wie sie bei der Ammenborfer Papier-
fabrik üblich ist, gehört zu einem Absolutismus der zöhen Ver-
gangenheit.

Das Zentralratsmitglied ist jetzt wieder Sonntags, demnach
am 10. bis 12. Uhr, geöffnet. Wir bitten die Leser, hiermit
Roth zu nehmen.

Wilderhagen-Notizen. Wie die Kommunalvereins-Mitglieder
eingeführt werden, damit sie bei der Stadtdirektorenwahl wieder
an die allerbekanntesten Vertreter heranfinden, geht hervor aus der
Liste der Kandidaten für den Posten des Stadtdirektors, die am
2. Dezember 1913, 1. und 2. Sitzung der Stadtdirektoren
unserer Vaterstadt im Saal der Mitglieder, mit anschließendem
Besuch an Hand von Zeichnungen. Jeder als ein Wilderhagen
geht's wohl kaum mehr, oder doch noch?

Was man älteren Arbeitern summt in den Kreisen der
Bewohner, geht aus einer Annonce hervor, die wir in Nr. 521
der „Völkischen Zeitung“ veröffentlicht haben. Der Stadtdirektor
bestehender Fortwärt, der Stadtdirektor und Geschäftsführer
modern sein und Beherrschung der Zentralverwaltungsangelegenheiten
für großes fähig. Hans u. Gartengrundstück gegen freie Wohnung
und 120 Mk. Gehalt zum 1. Dezember d. J. gesucht. Die Frau
des Fortwärters möchte ebenfalls tätig sein. Persönlichkeiten,
die sich in einer großen Zahl oder dergleichen einer Lohnarbeit
innehägen, werden bevorzugt. Offerten mit Lebenslauf, Zeugnis-
abschriften, Angabe der Familienverhältnisse und Gesundheitsprüfung
an Invalidenten, Martinsberg 2, unter L. O. 8017 abzugeben.
Eingemerkter Herr „Gehalt“ pro Jahr, das ist in der Tat
ein Maß von Beisehenswert, das nicht so leicht wieder erreicht
werden dürfte, und das nur nach übertriebenem Maß durch die
Künnigkeit desjenigen, der den „färschlich“ dotierten Worten aus-
gedrückt hat.

Zur Förderung der Stillsitzigkeit wurde vor kurzem hier in
Halle unter hervorragender Mitwirkung von Konfuzierbüchern,
Agenten und unteilbaren Geisteslichen ein Provinzialverband ins
Leben gerufen. Simplifizierungs-Verein, nennt sich an acht!

Fürsorge für Augenkrante. In der Ausstufung und Für-
sorge für Augenkrante (Mittlerst. 7) wurden die Sprech-
stunden der Städt. Augenambulanz des Reichsvereins für
aufmerksam, mit täglich, mit Ausnahme Dienstags, von 4 bis
6 Uhr abgehalten. Im August und September wurden die
Sprechstunden von 94 Personen besucht, zum erstmaligen von
143. Auswärtiger Untersuchungen wurden 73 veranlaßt, Tuberkulose
wurde fünfmal nachgewiesen. Offene Tuberkulosen befanden
sich 69 in Hebermanns, darunter wurden von den Schwestern
1559 ausgeführt. Biquelle Impfung auf Tuberkulose
wurde 79mal ausgeführt, davon mit positivem Erfolg
44 mal. Von den 113 Frührentnern teilten 83 das Bett mit
anderen. Von mehreren Fürsorge-Maßnahmen haben wir
in der Hebermanns-Gruppe an der Spitze der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß
die Zahl der laufenden Augenkranten 41 beträgt. Vermittelt
wurden zehnmal Geldunterstützungen, einmal Geld, im Sinne
der Hebermanns-Gruppe, die ich in der Gruppe der städtischen
ausländischen Stellen 23 Abgabe von circa 1900 Litern Milch,
6 Betten, Bekleidungen in einem Fall, Nahrungsmitteln in drei
Fällen, Gewährung von neuen Mietzuschüssen 8 mal, so daß

2. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 262

Halle (Saale), Freitag den 7. November 1913

24. Jahrg.

Krupp-Prozeß.

P. B. Berlin, 6. November 1913.

Zu Beginn der Mittwoch-Sitzung geben Oberstaatsanwalt und Verteidiger Erklärungen gegen einen Journalisten des Berliner Lokal-Anzeigers, Otto v. Goltberg, ab, der die Behauptung aufstellt, daß belgische und italienische Offiziere von amtlicher Seite angegriffen worden seien. Im Zusammenhang mit diesen Erklärungen, die den vom Berliner Lokal-Anzeiger gemachten Vorwurf zurückweisen, werden ein paar Briefe des Verurs an v. Weyen beiliegend, die nur geschäftliche Umweisungen enthalten. Er sei bei seiner Tätigkeit in Belgien und Italien nie der Ehre eines der ausländischen Offiziere zu nahe getreten.

Major v. Weitzershausen, Chef der Artillerieabteilung des Kriegeministeriums, gibt hierauf in der Fortsetzung der Verhandlung etwa folgendes Gutachten ab: Die von Weyen nach Goltberg'scher Kommunikation, daß der Firma Krupp und auch den anderen Firmen, die für die Geversverwaltung Geschäfte liefern, Geheimnisse anvertraut werden müssen. Es werden gelieferte Geschosse, Munition, Es werden von den Firmen selbst Schießversuche gemacht. Die größten Firmen haben eigene Schießstände. Wenn die Versuche ein gutes Resultat ergeben haben, so wird der Bericht über Hinzuziehung der Truppen vorgenommen. Ich will jedoch bemerken, daß die Firma Krupp keine Sonderstellung einnimmt; das, was der Firma Krupp mitgeteilt wird und mitgeteilt werden muß, wird auch den anderen Firmen, die mit der Geversverwaltung wegen Lieferung in Verbindung stehen, mitgeteilt. Es sind das vielfach militärische Dinge, die geheim zu halten sind. Das läßt sich aber nicht anders machen. Die Firma Krupp ist nun nicht nur Lieferant für militärische Geschäfte, sondern für die deutsche Geversverwaltung, sondern auch in weitgehendem Maße für das Ausland. Das Ausland wendet sich an die Firma Krupp, weil es weiß, daß das artilleristische Material für die deutsche Geversverwaltung von der Firma Krupp gefertigt wird. Andererseits ist es auch von Vorteil für die deutsche Geversverwaltung, daß die Firma Krupp durch Verträge für das Ausland und insbesondere auch durch Übernahme von Beständen, gutes artilleristisches Material zu liefern in der Lage ist. Die „Kornmalger“ haben keine große Bedeutung für die Geversverwaltung. In den „Kornmalger“ ist enthalten die Konstruktion des Materials, die gesamte Beschaffenheit, die in Aussicht stehenden Anfertigungen und die Preise. Ueber die Konstruktion und Beschaffenheit muß selbstverständlich auch mit der Firma Krupp gesprochen werden. Den Vertretern der Firma Krupp müssen bei Besprechungen der Bestimmungen Geheimnisse anvertraut werden.

Die Preise der Konstruktions allerdings werden der Firma Krupp nicht mitgeteilt, da die Geversverwaltung die Preisstellung für eine Verdrauenssache hält. — Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Böwenschen: Herr Major, seitens der Geversverwaltung sind doch die von Weyen nach Goltberg'scher Kommunikation „Kornmalger“ auf genaue Weise geprüft worden? Sie haben das in hiesiger in öffentlicher Sitzung gesagt, ich möchte es aber noch einmal bestätigt erhalten. Ist in den „Kornmalger“ irgend etwas gefunden worden, was im Interesse der Landesverteidigung geheim zu halten wäre? — Sachverständiger: Nein, derartige Dinge sind in den „Kornmalger“ nicht gefunden worden. Die Vertreter der Firma Krupp müssen bei den Besprechungen herangezogen, es muß mit ihnen über die neuen Konstruktionen gesprochen werden, infolgedessen müssen der Firma Krupp Dinge anvertraut werden, die im Interesse der Landesverteidigung geheim zu halten sind. Daß es vor der Firma Krupp keine militärischen Geheimnisse gibt, ist allerdings nicht richtig. — Angeklagter v. Goltberg: Der Herr Major sagte mit Recht, die Firma Krupp hat keinerlei Bezugung, sie nimmt der Geversverwaltung gegenüber keine Sonderstellung ein. Ich erlaube mir, den Herrn Major zu fragen, ob die Firma Krupp nicht doch, und zwar ganz naturgemäß, wenn auch keine Bezugung, so doch eine Sonderstellung einnimmt, da es doch eine ganze Anzahl, insbesondere artilleristische Gegenstände gibt, die lediglich von der Firma Krupp gefertigt werden können. — Sachverständiger: Inwiefern nimmt allerdings die Firma Krupp eine Sonderstellung der Geversverwaltung gegenüber ein?

Nach einigen Fragen der Verteidiger bemerkt der Vorsitzende, daß nunmehr in der gestern unterbrochenen Erörterung der „Kornmalger“ fortgefahren werden soll. Die Öffentlichkeit wird hierauf ausgeschlossen. — Nach Wiederbestellung der Öffentlichkeit erklärt Direktor Woytke: Der Angeklagte Weyen ist ein sehr intelligenter, ehrenwörter Mann, ein sehr gutmütiger Charakter; die Gutachten, die er am 1. November 1913 abgegeben hat, sind ein Energie an den Tag gelegt habe. Verteidiger Dr. Böwenschen: Sind Sie der Meinung, daß Weyen seinen ehemaligen Kameraden Geheimnisse gemeldet, und ihnen Jenes beibringen, die lediglich in der Öffentlichkeit zu erhalten? Dann doch wieder leicht aus Gutmitigkeit gegeben sein. Direktor Woytke: Ich

bin der Überzeugung, daß dies in der Hauptsache aus Gutmitigkeit gegeben ist. Darauf beantragt der Oberstaatsanwalt, die Zeugen Landrat a. D. Käpfer, Direktor Draeger, Dr. Wuchelion und den ehemaligen Direktor Rechtsanwalt Marquardt nicht zu verurteilen, weil sie der Teilnahme an den hier zur Sprache stehenden Verhandlungen verächtlich seien. Gegen diesen Antrag wandten sich in längeren Ausführungen die Verteidiger, die dann beauftragt darauf hinwiesen, daß der Zeuge v. Weyen keinerlei Blauwürdigkeit verdiene. Sie wollten es aber unterlassen, einen Antrag auf Nichterhebung dieses Zeugen zu stellen. Der Oberstaatsanwalt erwiderte noch einmal ziemlich geriat. Darauf verlangt Landrat a. D. Käpfer das Wort mit dem Bemerkten, er sei angegriffen worden und er müsse sich vertheidigen können. Der Vorsitzende beauftragt ihn, daß in diesem Stadium der Verhandlung ihm das Wort nicht erteilt werden könne. Nach 1 1/2 stündiger Beratung des Gerichtshofes verhandelt der Vorsitzende, der Gerichtshof habe beschlossen, die Zeugen Käpfer, Draeger, Dr. Wuchelion, Marquardt und v. Weyen nicht zu verurteilen, da sie der Teilnahme an den zur Sprache stehenden Verhandlungen verächtlich seien. Die anderen Zeugen wurden darauf verurteilt. — Der Oberstaatsanwalt bemerkt, es habe sich noch ein Zeuge angeboten, der die Angelegenheit nach einer anderen Richtung hin erweitern will. Er werde genötigt sein, den Zeugen und auch den Major Wangemann als Zeugen zum Freitag zu laden. Verteidiger Dr. Gordon: Ich werde abdam auch genötigt sein, einen Zeugen zu laden. Der Vorsitzende teilt mit, daß am Donnerstage die Sitzung ausfallen soll und am Freitag der General v. Büding und der Major Anders vernommen werden sollen. Die weiteren Verhandlungen dürften eine Stunde dauern, abdam sollen die Wälders beginnen. Die Sitzung wird auf Freitag verlag.

Die Verhandlung wird auf Freitag verlag.

Gewerkschaftliches.

Verschleppung der Tarifbeschüsse im Baugewerbe.
Seit dem Tage, wo die Zentralorganisationen der Arbeiter im Baugewerbe und der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe den Beschluß gefaßt haben, die Vorstände der Inparteilichen, Magistratsrats v. Schulz, Gewerbegerichts-direktor Dr. Brenner und Bürgermeisters Rath, zur Beibehaltung der Disziplinen im Baugewerbe anzunehmen, sind bereits sechs Monate verstrichen. Man sollte annehmen, daß längst völlige Ordnung in den Tarifverträgen bestehen würde und alle Verträge ordnungsgemäß vollzogen wären. Leider haben von den circa 800 Tarifverträgen, die geschlossen werden sollten, bisher nur 30 bis zu einer erheblichen Zahl erhalten und über alle übrigen Verträge besteht noch kein feine Bewußtsein, wenn sie als endgültig angenommen bestanden werden können; ja man kann für eine Anzahl von Verträgen heute nicht einmal den Ort ihrer Aufbewahrung angeben.

Diese ganz unerhörte Verschleppung ist ausschließlich auf das Verhalten des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe zurückzuführen, nach dessen Anweisungen Bestimmungen in die örtlichen Verträge hineingeschrieben worden sind, die von den Zentralvorständen der Gewerkschaften unter allen Umständen abgelehnt werden müssen. Außerdem läuft der Arbeitgeberbund mit einem grundsätzlichen Antrag aus Neue Stadium für die Aushebung der Affordarbeit. Die nächste Sitzung des Magistratsrats, die am 11. November in Berlin abgehalten wird, soll nicht weniger als 48 Verhandlungspunkte erledigen, von denen außer dem obigen Antrag noch in sechs Fällen über die Affordarbeitfrage zu entscheiden ist, wo entweder die Unternehmer die Zulassung der Affordarbeit fordern, oder die Arbeiterorganisationen das Verlangen abzumehren suchen.

Sei seinem Vorgehen ist der Arbeitgeberbund geradezu strupplos. Aus dem ganzen zehnjährigen Inbetriebnahme ist bisher nicht ein Vertrag zur Unterfertigung vorgelegt worden. Dasselbe trifft für das mitteldeutsche Gebiet zu, wo Herr Käpfer als Präsident a. W. als Vorstandsmitglied des Arbeitgeberbundes das Szepter führt. Aus der Provinz Hannover, aus Thüringen, aus Bayern ist ebenfalls bisher kein Vertrag zur Unterfertigung vorgelegt worden. In München weigert sich der Arbeitgeberverband sogar, an einer Verhandlung teilzunehmen, die zur Aufstellung eines Affordtariffs dienen soll, für Arbeiter, für die Afford ausnahmsweise zulässig ist. Er begründet sein tariffreudiges Verhalten damit, daß der örtliche Vertrag nicht bestefe, weil der Vorstand des Bauarbeiterverbandes sich geneigt hat, den Vertrag zu unterzeichnen. Das letztere stimmt zwar; aber der Arbeitgeberverband in München verhält dabei so, als ob die Unterfertigung bereits wurde, weil er in dem Verträge etwas bestefe hat, was er nach der Aufzeichnung der Inparteilichen kein Recht hatte. Es wäre doch wirklich gar zu verücht, wenn man mit solchen Umständen, wie sie der Arbeitgeberverband in München zum Ausdruck bringt, einen Vertragsabschluss vollständig verhindern könnte. Auf diese Art wird der Abschluß der Tarifverträge für das Baugewerbe durch den Arbeitgeberbund verfehlt. *

ist auch kein Unfall, daß außer Karlsruhe keine Großfabrik a. b. mehr vorhanden ist, die einen fertigen Vertrag hat, an dem der Arbeitgeberbund beteiligt ist. Man fragt sich unwillkürlich: welche Absicht steht dahinter, und sollen die Arbeiter sich das ruhig gefallen lassen?

Die Inparteilichen des Bauarbeiterbundes hätten auch wohl Urteile, einmal energisch einmündigen, soweit ihre Kenntnisse dazu reichten. Jedenfalls kann es auch ihnen nicht gleich sein, wenn all die Mühen um die Sache so hinterzogen werden.

Tabakarbeiterausperrung in der Großkaufmannschaft deutscher Konsumvereine.
Die Leipziger Volkshaltung bringt folgende fast ungläublich klingende Meldung: Die Großkaufmannschaft deutscher Konsumvereine — Abteilung Jägerstrasse — hat Dienstag vormittag furchbar sämtliche Koller und Wickelmacher ausgesperrt, weil die Koller mit der Einführung einer Aenderung beim Wickeln, die sie als unbezahlte Mehrarbeit auffassen mußten, nicht einverstanden waren. Die Arbeiter forderten, daß die Großkaufmannschaft, die erklärte, vor sich den Aussperrungen nicht füge, sei entlassen, zunächst den „Jägerweg“ (siehe Konflikt Berlagsanstalt und Buchdruck) zu gehen habe. Die Großkaufmannschaft erklärte aber, daß alle Koller sofort entlassen seien.

Drohende Massenansammlung in Danemark.
Aus Kopenhagen wird durch Wolffs Telegraphenbureau gemeldet: Wegen Niederlegung der Arbeit in verschiedenen Gewerben hat der dänische Arbeiterverein die Wüstung von etwa 30 000 Arbeitern beschlossene, die nach etwa 14 Tagen in Kraft treten soll.

Aus der Provinz.

Vom Stadtverordneten-Wahlkampf.
Wahlresultat in Schilbau.
Bei der am Mittwoch in Schilbau (Kreis Torun) vorgenommenen Stadtverordnetenwahl gelang es der Arbeiterpartei zum erstenmal, einen der übrigen im Stadtparlament zu wählen. In der dritten Abteilung wurde gemäß der Steinarbeiter Union Hempel gegen den bisherigen Vertreter, Biegeleisler Julius Otto. Trotzdem die aus ihrer Mitte aufgetauchten Spießer alle verurteilten, um das Einbringen eines Arbeitervertreters zu verhindern, siegte Hempel doch mit großer Mehrheit. Hoffentlich werden die Genossen allerorts nicht unversucht lassen, es den Schilbauern nachzumachen. In der ersten Klasse wurde gewählt der Kandidat Paul Krieger, bisher Dr. Glendenberg; in der zweiten Klasse der Tierarzt Friedrich Piepenbrin, bisher Landwirt Paul Krieger.

Wahlresultat in Stettin.
Die Wahlresultate der am Mittwoch in Stettin (Kreis Stettin) vorgenommenen Stadtverordnetenwahl sind folgende:
1. Abteilung, 1. Bezirk von Nr. 1 bis 800, am Montag, den 24. November, von vormittags 11 Uhr bis abends 8 Uhr, im Restaurant Ziboll.
2. Abteilung, 2. Bezirk von Nr. 801 bis 1287, am Montag, den 24. November, von vormittags 11 Uhr bis abends 8 Uhr, im Restaurant Derjag Christian.
3. Abteilung, 3. Bezirk von Nr. 1288 bis 2388, am Montag, den 24. November, von vormittags 11 Uhr bis abends 8 Uhr, im Restaurant Reichhron.
4. Abteilung, 4. Bezirk von Nr. 2389 bis 3164, am Montag, den 24. November, von vormittags 11 Uhr bis abends 8 Uhr, im Restaurant Goldenen Kugel.

Den Wählern werden die Abstimmungslisten vor dem Wahltermin ausgehändigt und enthalten dieselben die Nummer, unter welcher die Eintragung in die Wählerliste erfolgte. Zu einer früheren Erhebung des Wahlzuges ist es wünschenswert, daß jeder Wähler vor Abgabe seiner Stimme die Nummer an gibt, unter welcher er eingetragen ist.
Parteienoffen! Der Wunsch unserer Parteigenossen, die Wahlen an einem Sonntag stattfinden zu lassen und damit dem größten Teile der Wähler entgegenzukommen, hat die im Stadtparlament herrschende Mehrheit abgelehnt. Das gleiche Schicksal erleiden auch andere, wenn auch wichtige Anträge und Eingaben der denkenden Arbeiterpartei im Stadtparlament. Das Einbringen unserer Vertreter in die erste und zweite Klasse ist uns leider aus Grund eines erbärmlichen Geldwahlrechts unmöglich gemacht, und für die dritte Abteilung werden uns Männer präsentiert, die sich das Vertrauen an arbeitsfähiger Arbeiter nicht verdienen können. Der sogenannte Bürgerauschuss hat nach qualvoller Mühe seine Kandidaten gelistet und bekannt gemacht, und um der Arbeiterpartei entgegenzukommen, auch einen Nennungsarbeiter in der Person des ewigenlähmenden Arbeitervereins-Vorstandes: Hausmann Bod aufgestellt. Die von der Arbeiterpartei eingereichte Petition wurde nicht, wie dies in anderen Städten üblich ist, einem Arbeitervertreter zur Begleitung übertragen.

Wintiger nur noch kurze Zeit

im W. Schneider'schen Geschäftslotal, Halle, Leipzigerstr. 94.

Zu nie wiederkehrenden Preisen kommen jetzt Kostüme — Hüter für Damen und Badschiffe — Blusen — Rockwürde — schwarze Frauen-Paletots — Seiden-Büsch-Mäntel u. Jacketts — Kinder-Kleider u. Mäntel — Golf-Jacken — Pelze — Unterröcke — schwarze u. farbige Kleiderstoffe — Seidenstoffe — Wolllustelne — Inletts — Matragendrelle — Gendertuche — Bettzeuge — Bettfedern — Bettbezüge — Gardinen — Tischdecken — Steppdecken — Teppiche — Sofaabzüge — Handtücher — Tischtücher — Servietten — Normalwäsche — Dament-Hemden — Damen- u. Kinder-Wäsche.

Es empfiehlt sich, diese außergewöhnliche Gelegenheit für **Weihnachts-Einkäufe** zu benutzen.

Verkaufszeit 8—1 u. 3—7 Uhr.

